

betreffend Unabhängigkeit der Wissenschaft fällt unter den Druck von Sparmassnahmen

Unter dem Deckmantel von Sparmassnahmen werden Forschung und Lehre an der Universität Basel seit längerem unter Druck gesetzt. Das jüngste Beispiel betrifft die Abschaffung der einzigen Professur für Geschlechterforschung, was gleichbedeutend ist mit der Schliessung des Zentrums für Gender Studies an der Universität Basel. Die Universitätsleitung hat sich in diesem Fall dem Druck gebeugt, und entschieden, die Professur für Geschlechterforschung nicht neu zu besetzen. Damit reiht sich Basel ein in eine unrühmliche Liste von Wissenschaftsstandorten, in denen politischer Druck von rechtskonservativen Kreisen zur Schwächung und Abschaffung von Geschlechterforschung führt, wie zum Beispiel in Ungarn, wo die national-konservative Regierung sogar plant, Geschlechterforschung an Universitäten zu verbieten. Forderungen, die Geschlechterforschung oder auch die Abteilung für Gleichstellung von Frauen und Männern abzuschaffen, da solcherlei Arbeit überflüssig und daher unnötig sei, hat man auch im Grossen Rat in den vergangenen Jahren mit Regelmässigkeit gehört, insbesondere jeweils bei der Besprechung des Budgets. Aus dem Kanton Baselland, der gleichberechtigter Partner in der Trägerschaft der Universität sein sollte, kommt ebenfalls keine Unterstützung. Im Gegenteil: Die Baselbieter Bürgerlichen fordern seit langem die Abschaffung der Geschlechterforschung an der Universität Basel, und dass dies unter dem Deckmantel von Sparmassnahmen nun Realität wird, ist eine unnötige Kapitulation vor diesem Druck und ein unzulässiger Eingriff in die Freiheit von Lehre und Forschung.

Ähnlich wie die Klimaforschung und das Völkerrecht ist die Geschlechterforschung weltweit besonders dem Druck durch Politik und Medien ausgesetzt. Die wissenschaftliche Geschlechterforschung untersucht unter anderem die soziale Abhängigkeit von Rollenbildern, das heisst die von sozialen Normen bestimmte Festlegung dessen, was als männlich und weiblich gilt. Konservative Kräfte erblicken in der Geschlechterforschung einen Angriff auf die traditionelle Rollenteilung zwischen den Geschlechtern, die aus ihrer Sicht von der Natur vorgegeben oder von Gott so gewollt sei. Die Welt, in der wir leben, ist von politischen, religiösen, kulturellen und ökonomischen Spannungen geprägt. Aktuellste Veränderungen, wie die zunehmende Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum, machen deutlich, wie sehr Geschlechterforschung weiterhin notwendig ist, um z.B. die Ursachen von solchen Gewaltformen zu beleuchten.

Dass die Professur für Geschlechterforschung im Jahr zweitausend in Basel geschaffen wurde, war kein Zufall. Viel mehr war sie das Ergebnis von jahrzehntelanger Basisarbeit der Basler Zivilgesellschaft sowie engagierter Kreise von Forscherinnen und Forschern. Nach ihrer Schaffung hat diese Professur, für Forschende und Studierende und die Universität insgesamt wichtige Impulse gegeben.

Ein exzellenter Universitätsstandort hängt von seiner Reputation ab. Es besteht höchste Gefahr, dass Fachpersonen abwandern werden oder sich entscheiden, nicht nach Basel zu kommen, da hier die Unabhängigkeit der Forschung – und dies betrifft leider zahlreiche Departemente und Fachrichtungen – nicht mehr gewährleistet wird. Im konkreten Fall der Nichtneubesetzung der Professur für Geschlechterforschung zeigt sich die Aktualität der Gefahr eines Reputationsschadens zum wiederholten Male in ihrer ganzen Schärfe.

Dass kürzlich der Verzicht auf den ordentlichen Stufenanstieg bei den Mitarbeitenden der Universität bekannt wurde, steigert die Attraktivität des Forschungsplatzes Basel ebenfalls nicht und wird – verbunden mit der Nichtneubesetzung von wichtigen Professuren, die Gefahr der Abwanderung von Fachpersonen weiter begünstigen.

Ich möchte daher die Regierung in ihrer Eigenschaft als die Delegierende von Mandatsträgerinnen und -trägern in den Universitätsrat sowie in ihrer Eigenschaft als die für die Finanzierung der Universität mit der Exekutive des Partnerkantons Baselland verhandelnde Exekutive fragen,

- was sie zu unternehmen gedenkt, um die Abschaffung der Professur für Geschlechterstudien an der Universität Basel zu verhindern,
- welche Aufträge sie den von ihr in den Universitätsrat Mandatierten erteilt, um die

Abschaffung dieser Professur sowie die finanzielle Beschränkung weiterer Fachbereiche an der Universität Basel zu verhindern,

- welche Massnahmen sie ergreift, um reallohnmindernde Entwicklungen für die Mitarbeitenden der Universität abzuwenden.

Sibylle Benz